

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/031(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 20.04.2022	Franckesaal	17:00 Uhr	19:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 23.03.2022
- 4 Aktuelles zu Corona
BE: Herr Dr. Hennig
- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Konzept zur Suchtbekämpfung und Suchtprävention in der Landeshauptstadt Magdeburg ab 2022 DS0601/21
BE: V/02, Herr Dr. Gottschalk
 - 5.1.1 Konzept zur Suchtbekämpfung und Suchtprävention in der Landeshauptstadt Magdeburg ab 2022 DS0601/21/1
Be: Interfraktioneller Antrag - SPD-Ratsfraktion, Fraktion GRÜNE/future!, Fraktion DIE LINKE

6	Anträge	
6.1	Unterstützung für einkommensschwache Magdeburger*innen BE: Fraktion DIE LINKE	A0003/22
6.1.1	Unterstützung für einkommensschwache Magdeburger*innen BE: Amt 50	S0034/22
6.2	Erlass einer Katzenschutzverordnung BE: Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0030/22
6.2.1	Erlass einer Katzenschutzverordnung BE: FB 32	S0108/22
6.3	Kitasozialarbeit sichern! BE: Fraktion DIE LINKE	A0035/22
6.3.1	Kitasozialarbeit sichern! BE: Amt 51	S0083/22
7	Unterbringung ukrainische Flüchtlinge BE: BM	
8	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Matthias Borowiak

Mitglieder des Gremiums

Tobias Baum

Matthias Boxhorn

Oliver Kirchner

Evelin Schulz

Roland Zander

Sachkundige Einwohner/innen

Sebastian Schäfer

Geschäftsführung

Kathleen Uniewski

Vertretung

Julia Brandt

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Dr. Thomas Wiebe

Sachkundige Einwohner/innen

Thorsten Giefers

Vincent Schwenke

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Stadtrat Borowiak, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit mit 7 anwesenden Stadträtinnen und Stadträten fest. Stadträtin Brandt nimmt in Vertretung für Stadtrat Wiebe an der Sitzung teil. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form bestätigt. Stadtrat Borowiak stellt Herrn Manser vor. Herr Manser ist Geschäftsbereichsleiter DER Paritätische – PSW GmbH und zum TOP 5.1 – Konzept zur Suchtbekämpfung und Suchtprävention – als Vertreter der Träger eingeladen. Stadtrat Borowiak stellt zur Abstimmung Herrn Manser zum TOP ein Rederecht einzuräumen. Die Abstimmung der DS erfolgt dann ohne Herrn Manser.
Abstimmung Rederecht: 6-0-1

Abstimmung Tagesordnung: 7-0-0

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 23.03.2022

Die Niederschrift vom 23.03.2022 wird in der vorliegenden Form bestätigt.

4. Aktuelles zu Corona

Herr Dr. Hennig informiert aktuell zu Corona.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Konzept zur Suchtbekämpfung und Suchtprävention in der Landeshauptstadt Magdeburg ab 2022

Vorlage: DS0601/21

5.1.1. Konzept zur Suchtbekämpfung und Suchtprävention in der Landeshauptstadt Magdeburg ab 2022

Vorlage: DS0601/21/1

Herr Dr. Gottschalk ist zur weiteren Abstimmung der DS0601/21 anwesend. Herr Dr. Gottschalk informiert über 2 erfolgte Gespräche mit Frau Helbig (AWO-Kreisverband und Herrn Manser (Der Paritätische –PSW GmbH). Es wurde die Sachlage zum Schreiben der Träger erläutert und darauf verwiesen, dass alles entsprechend der fachlichen Ansprüche im Konzept umsetzbar ist. Die Antragslage unterstützt das. Der Träger bestätigt die geführten Gespräche als offen, konstruktiv und aufklärend.

Stadträtin Brandt hinterfragt die 2. Fachstelle Suchtprävention. Diese wäre organisatorisch den Suchtberatungsstellen anzugliedern oder gibt es eine andere Auffassung? Warum Interessenbekundungsverfahren?

Herr Dr. Gottschalk erläutert, dass für die 2. Fachstelle Suchtprävention durch ein öffentliches Interessenbekundungsverfahren die beste Lösung ermittelt werden muss. Das kann dann im Ergebnis sein, dass das dann auch eine Suchtberatungsstelle hinsichtlich der Umsetzung ausgewählt wird. Stadträtin Brandt möchte wissen, ob es eine Kommentierung zur Förderrichtlinie gibt? Eine Kommentierung ist nicht bekannt. Herr Dr. Gottschalk sichert die Nachfrage im Ministerium vor dem Interessenbekundungsverfahren zu. Stadtrat Borowiak fragt zu Beschlusspunkt 1 nach, dass er davon ausgeht, dass die erforderlichen kommunalen Mittel ab 2023 auf die im Konzept beschriebene Personalausstattung angepasst werden. Das bestätigt Herr Dr. Gottschalk bezogen auf die Haushaltsplanung 2023 ff mit einer entsprechenden Anpassung. Die Stadträtin Brandt weist auch auf die Überarbeitung der Fachförderrichtlinie hin. Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung: Abstimmung: 3-0-4

Der Ausschussvorsitzende stellt die DS0601/21 zur Abstimmung:
Abstimmung: 7-0-0

Die DS0601/21 wird mit Änderungsantrag zur Beschlussfassung empfohlen.

6. Anträge

- 6.1. Unterstützung für einkommensschwache Magdeburger*innen
Vorlage: A0003/22
 - 6.1.1. Unterstützung für einkommensschwache Magdeburger*innen
Vorlage: S0034/22
-

Frau Schulz, Amtsleiterin Sozial- und Wohnungsamt, bringt die Stellungnahme für die Verwaltung ein. Die Zielgruppe sind einkommensschwache Personen, wie die Inhaber der Otto-City-Card und der Bildungskarte, Kurzarbeitende sowie Arbeits- und Wohnungslose.

Das Tragen einer medizinischen Mund-Nasen-Bedeckung ist bei der Benutzung von Bus und Bahn Pflicht. Hierbei ist das Tragen von Medizinischen OP-Masken ausreichend. Im Sozial- und Wohnungsamt erhalten nach wie vor alle vorsprechenden Bürger*innen eine FFP2-Maske oder einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz, sollten sie nicht im Besitz sein.

Entsprechend der Regelsatzverordnung sind im sogenannten Warenkorb für Gesundheitsprodukte 4 % = 17 €. Recherchen in anderen Kommunen (z. B. Hansestadt Stralsund, Leipzig, Halle/Saale oder Dessau) haben ergeben, dass dort keine FFP2-Masken an sozialleistungsberechtigte Bürger ausgegeben werden und die Notwendigkeit auch nicht gesehen wird. Weiterhin würden sich die Kosten zwischen ca. 38.000 bis ca. 72.000 €, je nach Angebot pro Monat belaufen. Darüber hinaus müssten dem Sozial- und Wohnungsamt personelle und logistische Strukturen bereitgestellt werden. Abschließend ist festzustellen, dass mit Stadtratsbeschluss vom 24.02.2022 zum A0021/22 eine Mehrheit der umfassten Personengruppen nun FFP2-Masken und Covid-19 Schnelltest erhalten soll.

Abstimmung: 2-4-1

Der A0003/22 wird nicht zu Beschlussfassung empfohlen.

- 6.2. Erlass einer Katzenschutzverordnung
Vorlage: A0030/22
 - 6.2.1. Erlass einer Katzenschutzverordnung
Vorlage: S0108/22
-

Stadtrat Zander bittet um die Zurückstellung des Antrages bis zur nächsten Ausschusssitzung.

- 6.3. Kitasozialarbeit sichern!
Vorlage: A0035/22
 - 6.3.1. Kitasozialarbeit sichern!
Vorlage: S0083/22
-

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit bringt die Stellungnahme für die Verwaltung ein. Soziales Arbeit in Kitas soll den Risiken des Aufwachsens und der Entwicklung von Kindern in Folge sozialer Ungleichheit und Benachteiligung präventiv und kompensatorisch begegnen. Für das Jahr 2022 stellt das Land für die 18 Standorte der Soziales Arbeit in Kitas insgesamt 974.490,56 € zur Verfügung. Der Oberbürgermeister hat das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt schriftlich zu verbindlichen Aussagen einer möglichen Verstetigung und Weiterfinanzierung aufgefordert. Um die Kita-Sozialarbeit und die durch sie gewachsenen präventiven Strukturen an den besagten Standorten weiterhin zu erhalten und somit allen Kindern die gleichen Chancen zu ermöglichen, muss geprüft und entschieden werden, wie die Finanzierung über den 31.12.2022 hinaus bis zum 31.12.2024 abgesichert werden soll, sofern der Bund keine weiteren Mittel zur Verfügung stellt und das Land keine anderweitigen finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten sieht.

Weitere Nachfragen gibt es nicht.

Stadtrat Borowiak stellt den A0035/22 zur Abstimmung.

Abstimmung: 5-0-2

Der A0035/22 wird zur Beschlussfassung empfohlen.

7. Unterbringung ukrainische Flüchtlinge

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit berichtet aktuell zur Unterbringung der ukrainischen Flüchtlinge.

8. Verschiedenes

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Matthias Borowiak
Vorsitzender

Kathleen Uniewski
Schriftführerin